

Beschluss der 30. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 03.03.2007

Jugendpolitische Forderungen zur Landtagswahl 2008

Kinder und Jugendliche sind das höchste Gut der Gesellschaft: Sie sind die Zukunft und müssen deshalb in der Gegenwart geachtet und gefördert werden.

Kinder und Jugendliche bedeuten Lebensfreude, bringen frische Ideen und neuen Schwung und sind die Basis für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Daher muss die Kinder- und Jugendfreundlichkeit eine wesentliche Messlatte für alle politischen Entscheidungen in Niedersachsen sein.

Vor diesem Hintergrund fordern die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. im Vorfeld der Landtagswahl 2008 von den Parteien klare Bekenntnisse für ein stärkeres Engagement für junge Menschen. Konkret fordern wir:

Bildung

Sowohl für die Zukunftschancen des einzelnen jungen Menschen als auch für die Gesellschaft ist eine gute und umfassende Bildung heute wichtiger denn je. Bildung ist sowohl Kompetenz- als auch Wissensvermittlung und findet bei verschiedenen Gelegenheiten statt: in der Familie, unter Gleichaltrigen, im Kindergarten, in der Jugendarbeit, in der Schule, in den Medien und in der weiterführenden Ausbildung. Bildung muss heute als niemals endender Prozess verstanden werden - die Basis auch für ein lebenslanges Lernen muss in der Kindheit und Jugend gelegt werden. Hier entstehende Bildungsunterschiede lassen sich später kaum kompensieren. Dazu bedarf

es einer neuen Verbindung der formellen und informellen Bildungsträger, der eine gleichberechtigte und gleichwertige Zusammenarbeit zugrunde liegt.

Konkret fordern wir von der Niedersächsischen Landespolitik:

- Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft und ihren finanziellen Möglichkeiten eine angemessene und umfassende Bildung zu ermöglichen, als Basis für lebenslanges Lernen und Teilhabe an der Gesellschaft. Als erster Schritt ist die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit notwendig.
- Außerschulische Bildung muss als gleichberechtigter Partner in der Bildungslandschaft gesehen und daher aufgewertet und stärker gefördert werden. Insbesondere in der unmittelbaren Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Bildungsträgern (wie z.B. Jugendverbänden) müssen für alle Partner die gleichen Rahmenbedingungen gelten und gleiche materielle, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen.
- Das Erststudium muss studienbeitragsfrei sein, ehrenamtliches Engagement muss bei Gebühren für sogenannte Langzeitstudierende gewürdigt werden.
- Ein auswahlfähiges, qualitativ hochwertiges Angebot an Ausbildungsplätzen muss gewährleistet werden. Schon während der beruflichen Erstausbildung muss den jungen Erwachsenen ein eigenständiges Leben möglich sein, was eine angemessene Entlohnung voraussetzt.

Beteiligung

Die Belange von Kindern und Jugendlichen kann keiner besser vertreten als sie selber. Daher sind junge Menschen und deren jugendpolitische Interessensvertretungen bei allen sie betreffenden politischen Entscheidungen angemessen und altersstufengemäß zu beteiligen. Die politischen Entscheidungsträger-innen sind aufgefordert, eine entsprechende Beteiligung grundsätzlich bei allen Entscheidungsprozessen durchzuführen. Konkret bedeutet dies:

- Formen der direkten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Landespolitik müssen (weiter-)entwickelt und gefördert werden.
- Träger, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegenüber der Landespolitik vertreten, müssen vermehrt angehört und deren Mitsprachemöglichkeiten und -entscheidungsmöglichkeiten müssen ausgebaut statt reduziert werden.

Förderung und Struktur

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist eine verstärkte Investition in die Kinder- und Jugendfreundlichkeit Niedersachsens dringend erforderlich, die Träger der Jugendarbeit müssen in die Lage versetzt werden, auch in Regionen mit rückläufigen Jugendlizenzen eine attraktive Angebotspalette aufrechtzuerhalten.

Junge Menschen dürfen nicht die Leidtragenden aktueller Finanz- und Haushaltsprobleme sein; sie brauchen die bestmöglichen Startchancen in der Gesellschaft. Die Jugendverbände und -initiativen sowie die anderen Träger der Jugendhilfe leisten einen maßgeblichen Beitrag zu einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft und sind ein wichtiger Partner bei der Sozialisation junger Menschen. Daher darf bei den Ausgaben für Kinder und Jugendliche nicht gespart werden.

Wir fordern von der niedersächsischen Landespolitik:

- Zur Sicherung infrastruktureller Rahmenbedingungen müssen die bestehenden Jugendeinrichtungen erhalten und verstärkt gefördert werden. Diese sind zeitgemäß konzeptionell - unter Beteiligung der landesweiten Träger - zu pflegen und weiterzuentwickeln.
- Das Jugendförderungsgesetz ist eine bewährte Grundlage für eine qualifizierte Jugendarbeit. Es muss zeitgemäß fortgeschrieben und die Fördermittel müssen erhöht werden. Insbesondere ist es notwendig, die Förderung zu entbürokratisieren und neue Maßnahmeformen in den Förderkatalog aufzunehmen.
- Die Träger der Jugendarbeit benötigen einen flexiblen Innovationspool mit zusätzlichen Fördermitteln. Ein solcher Innovationspool hat u.a. die Funktion, das Erproben innovativer und modellhafter Methoden zu ermöglichen und eine flexible innerverbandliche Schwerpunktsetzung zur Sicherung der Arbeit zu gewährleisten.

Ehrenamtliches Engagement

Jugendarbeit ist undenkbar ohne das ehrenamtliche Engagement der Jugendleiter-innen. Dies gilt insbesondere in Niedersachsen: In keinem anderen Bundesland wurden bislang so viele Juleicas ausgestellt. Doch dieses Engagement ist auch besonders notwendig: In Niedersachsen gibt es im Bundesvergleich weniger hauptamtliches Personal in der Jugendarbeit. Dabei wird eine professionelle Unterstützung für Ehrenamtliche immer wichtiger. Durch ausbildungs-, studiums- und berufsbedingte Ortswechsel und Anforderungen wird die Verweildauer von Ehrenamtlichen bei einem Träger kürzer, gleichzeitig stehen die Ehrenamtlichen vor neuen gesellschaftlichen Anforderungen an ihre Tätigkeit. Durch den Wegfall der Landesmittel für die Erstattung des Verdienstausfalls für ehrenamtliche Freizeit-Teamer-innen und die Erhebung von Studiengebühren gibt es bei den Trägern verstärkt Probleme, qualifizierte Betreuer-innen zu finden.

Für eine wirksame und nachhaltige Unterstützung der Ehrenamtlichen fordern wir daher:

- Das Land Niedersachsen muss mit einer Förderinitiative die regionale Ebene der Jugendverbände, Jugendringe und Jugendgruppen und deren ehrenamtliche Mitarbeiter-innen stärken.
- Als erster Schritt ist die Wiedereinführung des Verdienstausfalls für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports notwendig.

Lebenswelten

Die radikalen gesellschaftlichen Veränderungen und die Globalisierung stellen massive Anforderungen an junge Menschen und sind mit Unsicherheiten für die Lebensplanung, stetigen Lebensläufen und einer steigenden Flexibilisierung von Lebensformen verbunden. Dafür sind politische Rahmenbedingungen notwendig, die die Zukunftschancen, insbesondere für junge Menschen, absichern. Wir fordern:

- Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen müssen geschaffen und gefördert werden.

Junge Menschen brauchen eine klare berufliche Perspektive. Für eine solche Perspektive ist die Möglichkeit zu gewährleisten, im Anschluss an die Schule einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu wählen, der ihren Interessen entspricht. Daher bedarf es eines Rechtsanspruchs auf einen Ausbildungsplatz. Wirtschaft und Verwaltung müssen verpflichtet werden, ein auswahlfähiges und eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Durch vollzeitschulische (staatliche) Ausbildungen, die aus Steuermitteln bezahlt werden, darf die Wirtschaft von ihrer Verpflichtung, Ausbildungsplätze zu schaffen, nicht entlassen werden. Niedersachsen muss sich daher auch bundespolitisch für Ausbildungsplätze für junge Menschen einsetzen, beispielsweise über eine Bundesrats-Initiative zur Ausbildungsplatzabgabe.

- Integration muss verbessert und Vorurteile müssen abgebaut werden. Rechtsextremismus muss entschieden bekämpft werden.

Die Integration von Migrantinnen und Migranten wird für die weitere gesellschaftliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein. Die Diskussion um die Integrationsbemühungen und -erfolge im Frühjahr 2006 sowie die zunehmende Zahl der rechtsextremen Übergriffe macht den dringenden Handlungsbedarf deutlich. Deshalb muss die Integration auf allen gesellschaftlichen Ebenen weiter vorangetrieben werden. Dazu gehören neben entsprechenden Angeboten für Migrant-inn-en auch wohnungsbau- und sozialpolitische Weichenstellungen. Des Weiteren müssen mit aller Kraft Vorurteile abgebaut werden und es muss rechten und rechtsextremen Gedanken entgegengetreten werden.

- Gender Mainstreaming und „Managing Diversity“ muss bei bei allen landespolitischen Entscheidungen verankert werden.

Menschen sind verschieden, alle haben unterschiedliche Fähigkeiten und Interessen. Diese Unterschiede machen die Stärke einer Gesellschaft aus. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass diese Unterschiede bei politischen Entscheidungen bedacht werden und ein Bewusstsein dafür entwickelt wird. Nur so ist es möglich, eine Gesellschaft zu entwickeln, in die sich jede-r mit ihren/seinen Fähigkeiten und Interessen einbringen kann.

- Nachhaltiges und ökologisches Handeln muss ein wesentlicher Prüfstein für die Landespolitik sein.

Nachhaltiges, soziales und ökologisches Handeln verlangt gerade im Interesse der nachfolgenden Generationen eine klare politische Priorität. Dies ist auch im langfristigen wirtschaftlichen Interesse. Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz lassen sich nicht nur durch einzelne Vorhaben erzeugen, vielmehr müssen diese Aspekte als Kriterien in alle landespolitischen Entscheidungen eingehen.